

Die scheinbar einhellige Kritik der westlichen Arbeitnehmer-Vertreter (Zangerl, Eder, Heinzle) an der Fusionierung der GKK's zu einer ÖGK erscheint nur zum Teil berechtigt. Diese per 1.1.2020 vollzogene Zusammenlegung von 21 auf 5 SV-Anstalten war grundsätzlich eine richtungsweisende, von Verwaltungs-Ökonomen seit Jahren geforderte SV-Reform.

Diese Reform scheint jedoch insbesondere bei den ehemals neun GKKS über die organisatorische Zusammenlegung zur ÖGK nicht hinausgekommen zu sein. So lässt beispielsweise eine Vereinheitlichung der Sachleistungen bei doch bundesweit gleichen Beitragsleistungen noch immer auf sich warten.

AK-Chef Zangerl kritisiert in seiner Kernaussage, dass - zitiere wörtlich - „400 Tiroler Millionen zur ÖGK“ fließen. Dies lässt den plausiblen Schluss zu, dass hierzulande im Vergleich zu anderen Bundesländern an den Leistungen für die Versicherten gespart wird. Zudem ist eine landesspezifische isolierte Ergebnisbetrachtung in diesem Falle unzulässig und eigentlich unsolidarisch.

Wenn nun der AK-Präsident allen Ernstes eine Rückabwicklung dieser SV-Fusion fordert, so ist dies bestenfalls als rückwärtsgewandtes, populistisches Kirchturmdenken zu werten.